

II-12785 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 621913

1994 -03- 03

Anfrage

der Abgeordneten *Spindelegger und Kollegen*
an den *Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr* betreffend Nachtfahrverbot für
nicht lärmgedämmte LKW auf der A 21
(Regionalanliegen Nr.173)

Die Marktgemeinde Hinterbrühl hat am 30. November 1993 einstimmig eine Resolution
beschlossen, die ein Nachtfahrverbot für nicht lärmgedämmte LKW auf der A 21 vorsieht.

Als Anrainergemeinde der A 21 ist die Gemeinde Hinterbrühl vom Verkehrslärm besonders
betroffen. Der Ortsteil Sparbach wird durch die Autobahn in zwei Teile zerschnitten. Nur
wenige Meter von den Wohnhäusern entfernt, führt die A 21 durch den Ort. Um wenigstens in
der Nacht nicht dem Verkehrslärm ausgesetzt zu sein, wurde die erwähnte Resolution
beschlossen.

Diese Resolution wurde dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vorgelegt.
Mit Zl. 138.400/1-I/31-93 wurde am 3. Februar 1994 der Gemeinde Hinterbrühl im Auftrag
des Bundesministers mitgeteilt, der Herr Bundesminister habe seine Beamten beauftragt, ein
Ermittlungsverfahren betreffend die Erlassung einer entsprechenden Verordnung einzuleiten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche
Wirtschaft und Verkehr die nachstehende

Anfrage

1. Ist Ihnen die Resolution der Marktgemeinde Hinterbrühl vom 30. November 1993 bekannt?
2. Haben Sie tatsächlich den Auftrag zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens betreffend die
Erlassung einer Verordnung über ein LKW - Nachtfahrverbot auf der A 21 erteilt?
3. Wenn ja, wer führt dieses Ermittlungsverfahren und welche einzelnen Schritte sind
vorgesehen?
4. Ist bereits ein erstes Ergebnis der Ermittlungen absehbar und wenn ja, welches? Wenn nein,
bis wann wird mit einem Ergebnis zu rechnen sein?
5. Beabsichtigen Sie generell ein Nachtfahrverbot für LKW mit einem höchst zulässigen
Gesamtgewicht von mehr als 7,5t in der Zeit von 22 Uhr bis 5 Uhr in der StVO vorzusehen?
Wenn ja, warum wurde dem Parlament bislang keine diesbezügliche Regierungsvorlage
vorgelegt?

n